



HAUSHALTSREDE DER WEINGARTENER BÜRGERBEWEGUNG 9. Februar 2004

\\....\wbb\WBB-HHrede2004.doc

Stellungnahme der Weingartener Bürgerbewegung (WBB) zur Verabschiedung des Haushaltsplanes 2004

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Scholz,

während die Redner der Fraktionen in ihren Stellungnahmen zum Haushaltsplan meist nur über das gesprochene Wort verfügen, war auch dieses Jahr wieder Ihr einleitender Beitrag von optisch ansprechenden Diagrammen begleitet. Wir halten dies für eine gute Praxis und gönnen Ihnen neidlos den Gewinn an Überzeugungskraft, den der Einsatz von Schaubildern ohne Zweifel mit sich bringt. Auf diese Weise kann sich auch der flüchtige Leser der Turmberg-Rundschau mühelos ein Bild der momentanen Lage der Gemeinde verschaffen, manch einer wird vielleicht erst durch den Einsatz des visuellen Anreizes zum genaueren Studium der Haushaltsreden motiviert. Besonders genau betrachtet haben wir am heutigen Abend eine Kurve, bei deren Präsentation der unbedarfte Betrachter in den vergangenen Jahren regelmäßig in ungläubiges Staunen verfiel und Ihnen geradezu magische Kräfte zu attestieren bereit war: Wir meinen die graphische Darstellung der Vermögensentwicklung unserer Gemeinde, eine binnen weniger Jahre steil nach oben kletternde Linie, die weder ein Abflachen noch eine obere Grenze zu kennen schien.

Herr Bürgermeister Scholz, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren,

das eingangs erwähnte Schaubild hat seit einigen Monaten eine deutliche Veränderung erfahren. War bereits im vergangenen Jahr statt des vertrauten Aufwärts- ein leichter Abwärtstrend zu erkennen, so deutet inzwischen die Kurve steil nach unten. Sie zeigt uns an, dass wir in die aktive Phase des Vermögensverzehr eingetreten sind. Dies ist nicht weiter schlimm, denn vielen anderen Gemeinden geht es nicht besser. Schuld daran ist sowieso die Politik des Bundes, der den Kommunen ständig neue Aufgaben überträgt, ohne sie mit den dafür nötigen Finanzen auszustatten (Ausbleiben der Gemeindefinanzreform). Das Land hat natürlich auch einen gewissen Anteil daran, weil es zugesagte Mittel nur zeitlich verzögert an uns überweist oder das Volumen bestehender Förderprogramme deutlich reduziert. Nicht zuletzt sind da natürlich auch noch die schwache Binnenkonjunktur und die hohe Arbeitslosigkeit, die den Kommunen sinkende Einnahmen und steigenden Kostenaufwand bereiten. Wir jedenfalls haben in den letzten Jahren alles richtig gemacht, und es genügt, die momentane Wachstumsschwäche auszusitzen und auf das Ende der Konjunkturdelle zu warten.



Ist die Welt tatsächlich so einfach? Ist es wirklich nur die übliche Panikmache, wenn die chronisch nervenschwachen Gemeinderäte der WBB die Zukunft nicht so rosig sehen wie alle anderen? Geschieht es wieder nur mit Blick auf die kommenden Wahlen oder aus schnöder Profilierungssucht, dass eine Fraktion einen Haushaltsplan ablehnt, dem 15 Gemeinderäte und ein Bürgermeister am heutigen Abend zustimmen werden? Und gab es wirklich Garantien dafür, dass das von Interneteuphorie und Börsenboom geprägte Wachstum der späten neunziger Jahre von unendlicher Dauer sein würde?

Wie stets liegt die Wahrheit in der Mitte zweier Extreme. Wir wollen daher am heutigen Abend einen eher nachdenklichen Blick über unsere Gemeinde schweifen lassen. Dabei stellen wir ganz nüchtern fest, dass in der Tat die Kommunen von ganz verschiedenen Seiten aus unter Druck geraten. Sie haben ohne Zweifel bei dem Gerangel mit Bund und Ländern um die Aufgabenerfüllung und die dafür nötige finanzielle Ausstattung an Boden verloren. Sie leiden ebenso wie alle Gebietskörperschaften unter der schwachen Konjunktur und schwindenden Steuereinnahmen. Gleichzeitig sind sie zum Erhalt ihrer einem beschleunigten Alterungsprozess unterworfenen Infrastruktur verpflichtet. Weitere Kreditaufnahmen engen die zukünftigen Handlungsspielräume immer weiter ein. Nicht zuletzt aber scheinen die Gemeinden als erste und in besonderem Maße durch den sich abzeichnenden demographischen Wandel betroffen zu sein. Ich glaube, es herrscht in diesem Saal Einstimmigkeit darüber, dass die Schwierigkeiten bei der Vermarktung unserer Neubaugebiete nicht allein der Kürzung der Eigenheimzulage zuzuschreiben sind - schon vor Beginn der Diskussion um die jetzt beschlossene Steuerreform war die Nachfrage nach den baureifen Grundstücken gering. Bereits vor Jahresfrist haben wir festgestellt, dass uns zukünftig das Finanzierungsinstrument des Flächenverkaufs aufgrund der schwindenden Aufnahmefähigkeit des Marktes nur noch in begrenztem Umfang zur Verfügung stehen wird. Diese Tendenz scheint sich in der Tat zu verfestigen, und wer sich daran erinnert, dass wir allein in den zehn Jahren von 1993 bis 2002 Investitionen in Höhe von über 10 Mio. € aus Veräußerungserlösen finanziert haben, kann vorsichtig erahnen, was ein auch nur geringer Rückgang der Nachfrage nach Bauland letztendlich für unsere Einnahmensituation bedeutet.

Natürlich folgt nicht jeder Sturmwarnung sogleich ein Orkan vom Format eines Lothars. Doch auch wenn nur ein geringer Teil der beschriebenen Entwicklungen weiter anhält bedeutet dies, dass wir unsere bisherige Politik von Grund auf ändern müssen, um dem beginnenden Substanzabbau zu begegnen. Wir müssen den Verzehr lokalisieren. Wir müssen den Konsum zurückfahren. Wir dürfen Wartung und Instandhaltung nicht vernachlässigen. Wir müssen Betriebsabläufe untersuchen und



die Möglichkeit von Kooperationen überprüfen. Und nicht zuletzt: Wir müssen neue Aufgaben und Vorhaben besonders genau auf ihre langfristigen Kosten und Folgen hin überprüfen.

Es bedarf in der Tat keiner seherischer Fähigkeiten, die Leckstellen in unserem Haushaltsplan zu orten. Ein Teil unseres Geldes versickert durch zahllose freiwillige Leistungen, von denen einzelne berechtigt, viele aber nur historisch gewachsen sind und einer dringenden Überprüfung bedürfen. Auch in diesem Bereich sind wir wohl als einzige Fraktion zu Einschnitten bereit. Sie nehmen sich zwar mit 230.000 € im Vergleich zu unserer Deckungslücke von 740.000 € geradezu bescheiden aus, und selbst ihre komplette Streichung würde die Atemnot nur lindern. Stranguliert werden wir dagegen durch die Betriebs- und Instandhaltungskosten unserer Hallen und Bäder. In dieser Feststellung sind wir uns einig, doch ziehen Verwaltung und Fraktionen ihre höchst unterschiedlichen Schlüsse daraus. Natürlich betreibt jeder vor der Wahl ein wenig Imagepflege. Wir haben daher durchaus Verständnis für alle, die ihr Profil als Spaßpartei in diesen Tagen nachfeilen müssen. Wieder andere äußern sich kakophonisch¹ und verzweifelt warten wir auf ein klärendes Kanzlerwort zur Zukunft der Weingartener Schwimmbäder. Von „Staatsräson“ dagegen zeugt es, vielen vieles in Aussicht zu stellen und die Zusagen kontinuierlich an die Realität anzupassen. Bei aller erwünschten Verschiedenheit der Standpunkte enttäuscht uns jedoch vor allem, dass die Diskussion sich allein auf die Investitionskosten beschränkt, die Folgekosten dagegen weder untersucht noch berücksichtigt werden.

Dies ist umso verwunderlicher, als doch Anschauungsmaterial für die Unerbittlichkeit, mit der sich die Konsequenzen getroffener Entscheidungen im Haushaltsplan niederschlagen, bei uns reichlich vorhanden ist. Als Beispiel erwähnt sei hier nur das Parkhaus am Rathauseck, das uns bei einem anfänglichen Kostenvolumen von rund 400.000 € nun mit einem jährlichen Zuschussbedarf von 40.000 € überrascht. Ein Investitionspaket von ca. 3 Mio. € für Freibadverlagerung und Aufstockung des E-Baus bei der Schule würde uns allein durch Verzinsung und Abschreibungen mit mehr als 200.000 € jährlich belasten. Wer also meint, mit den erhofften Verkaufserlösen unseres Freibadgeländes den langfristigen Betrieb eines neuen Freibades bei der Walzbachhalle sicherstellen zu können, betreibt Politik aus der Froschperspektive. Wir dagegen sind überzeugt davon, dass unser vorgestelltes Konzept der Umwandlung des Hallenbades in eine kleine Halle für sportliche und kulturelle Nutzung bei Weiterbetrieb des Freibades und unter Verzicht auf die E-Bau-Aufstockung den Kostenvergleich nicht zu scheuen braucht. Es führt außerdem zu einem fairen Interessenausgleich zwischen Sport, Kultur und Badebetrieb. Die ebenfalls für uns tragbare Lösung

¹ kakophonisch: *griech. misstönend*



der Angliederung eines Freigeländes an das Hallenbad ohne den sofortigen Bau eines Beckens wird beim Folgekostenvergleich wohl nicht so gut abschneiden, da zusätzliche Mittel für die Schaffung eines Kulturraumes bereitgestellt werden müssen. Für diese spricht aber, dass freiwerdende Mittel aus dem Verkauf des Freibadgeländes unverzüglich für die seit Jahren verschobene Sanierung der Walzbachhalle verwendet werden können, denn es erscheint uns verantwortungslos, neue Projekte in Angriff zu nehmen, während gleichzeitig Wartung und Instandhaltung unserer bestehenden Substanz gravierend vernachlässigt werden. Einen handfesten Vorteil hat jedoch allein die Umwandlung der Schwimmhalle in eine kleine Mehrzweckhalle: Wir können den dadurch freiwerdenden Kassenautomaten im Parkhaus am Rathauseck aufstellen!

Dass unsere Verantwortlichen durchaus zu einer sorgfältigen Analyse in der Lage sind, beweist für uns die Vorgehensweise bei der Entscheidung über den Einbau einer Holzfeuerung im Schulgebäude. Der dabei durchgeführte sorgsame Blick auf alle Parameter und die Kalkulation bis auf die vierte Nachkommastelle sind für uns Musterbeispiele dafür, wie das endgültige Votum über die Zukunft des Bäderbetriebes und das kommunale Entwicklungsprogramm von der Verwaltung vorbereitet werden sollte. Die Folgekosten müssen auf den Tisch, und diese brauchen nicht unbedingt durch eine freihändige Auftragsvergabe an Herrn Roland Berger und Konsorten ermittelt werden. In unserer Verwaltung, in diesem Gremium und in unserer Gemeinde müssen doch genügend Sachverstand und Kompetenz vorhanden sein, um zunächst ohne jeden Blick auf das politisch Opportune die im Gespräch befindlichen Varianten langfristig zu bewerten. Ausdrücklich lässt unsere Hauptsatzung sachkundige Einwohner zu den Beratungen des Gemeinderates zu, ein Potential an Wissen, Erfahrung und Intuition, das bei uns völlig ungenutzt brachliegt.

Überhaupt zeigt sich, dass uns die Realität schneller einholt, als wir die von unseren externen Beratern auf Hochglanzprospekten präsentierten Konzepte überhaupt verwirklichen oder beleben können. Die Rathausplatzbebauung steht weitgehend leer, die Hoffnung, in ihrer Mitte einen Ort der Kommunikation zu schaffen, hat sich nicht erfüllt. Unsere Gewerbeflächen, einst für einen „dringenden Bedarf“ an baureifen Grundstücken erschlossen, liegen wie Blei im Regal. Sie werden mit dem Wirksamwerden der Rückübernahmeverpflichtung unsere Haushaltspläne ab dem Jahr 2005 mit 100.000 € p.a. belasten, ein Finanzierungsproblem, auf das wir bereits vor zwei Jahren an dieser Stelle hingewiesen haben. Mit der Nichtaufnahme der B3-Umgehung in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes wird nicht nur ein Stück Straße für immer zum Wunschtraum werden – es wird auch in wenigen Monaten das tragende Gerüst unseres Gemeindeentwicklungskonzepts zum Ein-



sturz kommen und wir können alle von Expertenhand erstellten Planungen dorthin bringen, wo schon eine stählerne Brücke, die Idee einer innerörtlichen Stadtbahnlinie, und bald auch ein angejährter Eisenbahnwagen versammelt sind – auf den Schrottplatz der örtlichen Spontanentscheidungen. Und falls nicht eine späte Einsicht eine Mehrheit im Gemeinderat zum Umdenken bewegt, werden wir auch noch mit dem Baugebiet „Kirchberg-Mittelweg“ unsere Überraschungen erleben – schließlich sind in unserer mittelfristigen Finanzplanung keinerlei Mittel für die aufwendige Erschließung berücksichtigt. All dies geschieht, ohne dass es jemand für nötig hielt, die politische Verantwortung für diese negative Erfolgsserie zu übernehmen. Doch genau eine solche Geste wäre aus unserer Sicht angebracht, um in schwieriger Zeit den Grundstein für eine faire Zusammenarbeit der Generationen zum Wohle der Gemeinde zu legen. Alle politisch Verantwortlichen notieren ein Schwinden der Bereitschaft, sich in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Dies liegt sicher weniger am mangelnden Leistungswillen einer jungen Generation als vielmehr an dem immer stärker um sich greifenden Gefühl, dass die Zukunftschancen und die Gestaltungsmöglichkeiten der Jugend in einem atemberaubenden Tempo verbrannt werden.

Wir wagen also an dieser Stelle die Prognose, dass die Politik der nächsten Jahre in unserer Gemeinde nur dann erfolgreich sein wird, wenn sie sich den Gedanken und Vorstellungen der jungen Generation öffnet. Diese Generation wird kritisch sein und nicht nach den Wohltaten fragen, die in der Vergangenheit ausgestreut wurden. Sie wird im Gegenteil ihr Erbe illusionslos bilanzieren. Und wenn wir darin übereinstimmen, dass verantwortungsvolle Politik nicht nur aus **Daseinsfürsorge** sondern auch aus **Zukunftsvorsorge** zu bestehen hat, wird ihr Urteil über uns möglicherweise ernüchternd ausfallen. Betrachten wir den uns vorliegenden Haushaltsplanentwurf unter diesem Aspekt, so kann unser Votum nur lauten: „Nicht zustimmungsfähig!“ Wer heute Abend mit einer Hand für einen Vermögensverzehr in Höhe von 740.000 € allein in diesem Jahr stimmt, dreht mit seiner anderen Hand bereits an dem Rad der Schleuse, aus der nach unserer mittelfristigen Finanzplanung in wenigen Monaten bereits neue Kreditaufnahmen und weiterer Substanzabbau auf uns hereinbrechen werden. Doch zeitgleich mit der Ablehnung des Haushaltsplanes – dem Wirtschaftsplan der Wasserversorgung stimmen wir zu - betonen wir nach wie vor unsere Bereitschaft, unabhängig von Wahlterminen unseren Beitrag zu einer Konsolidierung der Weingartener Finanzen zu leisten. Als vordringliche Aufgaben in den kommenden Monaten seien daher abschließend aufgeführt:

- Die Anpassung der **kommunalen Entwicklungsplanung** an die Nichtverwirklichung der B3-Umgehung



- Eine sofortige Analyse der **Folgekosten** einzelner Modelle eines zukünftigen Badebetriebes mit dem Ziel, eine definitive Entscheidung des Gemeinderates noch in diesem Jahr herbeizuführen
- Die unverzügliche Vorstellung eines Konzeptes zur **Generalsanierung der Walzbachhalle**
- Eine Abschätzung der Folgekosten des Bebauungsplanes „**Kirchberg-Mittelweg**“ sowie eine Aktualisierung des Rechtsgutachtens zur Erschließungspflicht und zur Möglichkeit von Schadenersatzansprüchen im Falle einer Nichtverwirklichung der Planung
- Eine Reduzierung des Zuschussbedarfes unserer Grünanlagen durch Flächenveräußerung oder auch teilweisen Rückbau nach dem Grundsatz: „**Lieber wenig gepflegt als vieles vernachlässigt**“
- Weitere Nutzung von Sparpotentialen im Bereich der **Straßenbeleuchtung** durch intelligente Schaltungen, Nachtabsenkungen und effiziente Leuchtmittel
- Die Verstärkung von **Kooperationen** mit Nachbargemeinden
- Eine sofortige **Bestandsaufnahme** sämtlicher **kommunaler räumlicher Reserven**, deren gerechte Neuvergabe für sportliche, kulturelle und soziale Zwecke sowie eine Anpassung der Nutzungsentgelte an die Betriebskosten
- Die Einführung eines durchdachten Tarifsystems im **Parkdeck** am Rathausplatz zur Verringerung des Zuschussbedarfs. Die Parkflächen sollten rund um die Uhr benutzbar, die erste Stunde gebührenfrei sein
- Die Gründung eines Fördervereins für das **Jugendtreff** mit dem Ziel, dessen langfristigen Erhalt auch in finanziell schwieriger Zeit zu sichern

Meine Damen und Herren, wir haben die sachlichen Gründe für die Ablehnung des Haushaltsplanes für das Jahr 2004 dargestellt. Nicht unerwähnt soll jedoch bleiben, dass dies mit einer deutlichen Spur des persönlichen Bedauerns geschieht, und wir möchten an dieser Stelle betonen, dass wir zwischen den schlechten Nachrichten und deren Überbringer ebenso zu unterscheiden verstehen wie zwischen politischer Auseinandersetzung und der Anerkennung eines jahrzehntelangen verantwortungsvollen Einsatzes für das Wohl Weingartens Gemeinde. Um jedoch nun, lieber Herr Dichiser, eine Laudatio zum falschen Zeitpunkt zu vermeiden, schließen wir unsere Stellungnahme mit dem Dank nicht nur an Sie, sondern an alle, die für unsere Gemeinde Verantwortung tragen. Wir hoffen gemeinsam mit Ihnen allen, dass uns die momentanen hoffnungsvollen Anzeichen einer konjunkturellen Belebung nicht wieder in eine spekulative Blase, sondern auf einen gesunden und soliden Wachstumskurs führen mögen.

(gehalten von Matthias Görner)